

ANTRAG

auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Förderprogramm Kommunales Infrastrukturprogramm - Feuerwehrinfrastruktur

Investitionsbank des Landes Brandenburg
Infrastruktur
Postfach 90 02 61
14438 Potsdam

Eingangsstempel der
Investitionsbank des Landes Brandenburg

1 Angaben zum Antragsteller

1.1 Kommune

Kommune

Rechtsform

1.2 Hauptsitz

Land

Bundesland

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

Telefonnummer mit Vorwahl

Faxnummer mit Vorwahl

E-Mail-Adresse

1.3 Gesetzliche(r) Vertreter(in)

Name

Vorname

Akademischer Titel

Funktion

Telefonnummer mit Vorwahl

Faxnummer mit Vorwahl

E-Mail-Adresse

1.4 Bevollmächtigte(r)

Name

Vorname

Akademischer Titel

Funktion/Dienststellung

Telefonnummer mit Vorwahl

Faxnummer mit Vorwahl

E-Mail-Adresse

Für die Bevollmächtigten ist die Vollmacht im Original beizufügen.
Den Vordruck finden Sie auf www.ilb.de.

1.5 Ansprechpartner(in)

Name		Vorname	Akademischer Titel
Funktion/Dienststellung			
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse	

1.6 Handelt es sich um eine interkommunale Zusammenarbeit von zwei oder mehreren Trägern des örtlichen Brandschutzes und der örtlichen Hilfeleistung?

- ja
 nein

Bei der Auswahl von "ja" treffen Sie weitere Erläuterungen unter Ziffer 2.5.

2 Angaben zur Maßnahme

2.1 Art der Maßnahme

2.1.1 Feuerwehrhaus

- Neubau eines Feuerwehrhauses
 Erweiterung eines Feuerwehrhauses
 Ausbau eines Feuerwehrhauses
 Umbau eines Feuerwehrhauses

2.1.2 Gebäudeumbau zum Feuerwehrhaus

- Gebäudeumbau zum Feuerwehrhaus

2.2 Kurzbezeichnung der Maßnahme

Maßnahmebezeichnung

Branchenschlüssel

2.3 Maßnahmeort

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

Land

Bundesland

Gemeindekennziffer

2.4 Zeitliche Durchführung der Maßnahme (Durchführungszeitraum)

Tag	Monat	Jahr

Beginn Durchführungszeitraum

Tag	Monat	Jahr

Ende Durchführungszeitraum

2.5 Maßnahmebeschreibung

2.6 Begründung zur Notwendigkeit der Maßnahme

2.7 Inanspruchnahme weiterer öffentlicher Mittel für die Durchführung der Maßnahme
Zur Finanzierung der Maßnahme wurden oder werden weitere öffentliche Mittel aus den Programmen _____

_____ bei der ILB oder anderen Stellen beantragt bzw. wurden von der ILB oder anderen Stellen gewährt.

- ja (Die öffentlichen Mittel sind als Finanzierungsmittel unter dem Punkt "Finanzierung" anzugeben.)
- nein

2.8 Folgekosten (für die Dauer der Zweckbindungsfrist)

Kostenpositionen	in EUR
Unterhaltung Gebäude	
Unterhaltung Einrichtung	
Betriebskosten (einschließlich Personalkosten, abzüglich Einnahmen)	
Summe	

Die Finanzierung der Folgekosten ist gesichert.

- ja
- nein

2.9 Ausgaben

Der Antragsteller ist bei der Durchführung der Maßnahme zum Vorsteuerabzug berechtigt.

- ja (Die Ausgaben sind nachfolgend ohne Umsatzsteuer anzugeben.)
- nein
- teilweise

Ausgaben	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungsfähig in EUR	Summe in EUR
Baukosten, davon			
KGR 100 - Grundstück			
KGR 200 - Herrichten und Erschließen			
KGR 300 - Bauwerk-Baukonstruktionen			
KGR 400 - Bauwerk-Technische Anlagen			
KGR 500 - Außenlagen			
KGR 600 - Ausstattung und Kunstwerke			
KGR 700 - Baunebenkosten			
Summe			
Gesamtausgaben			

2.10 Finanzierung

Hinweis: Die Summe der Finanzierungsmittel muss der Summe der Ausgaben entsprechen.

Finanzierungsmittel	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungsfähig in EUR	Summe in EUR
Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)			
Beantragte/bewilligte Zuwendung durch _____			
Fremdfinanzierung			
Zuschuss-ILB		 	
Unentgeltliche Eigenleistungen			
Eigenmittel			
Summe			
Gesamtfinanzierung			

2.11 Beantragte Zuwendung

Zuwendung	Höhe (EUR)	Jahr in EUR				
Zuschuss						

3 Erklärungen des Antragstellers

(Die Erklärungen müssen durch Anklicken bestätigt werden.)

Der Antragsteller erklärt, dass

- 3.1 nicht vor Erlass des Zuwendungsbescheides durch die ILB mit der Maßnahme begonnen wird,

(Hinweis: Als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich jeder Abschluss eines Vertrages oder das Leisten von Projektstunden zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchung, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (z. B. Gebäudeabbruch, Planieren) nicht als Beginn der Maßnahme, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.)

- 3.2 die Angaben in diesem Antrag und den beigefügten Anlagen (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,

- 3.3 ihm bekannt ist, dass

- die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung erfolgt und Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben sind.
- Verstöße gegen das Vergaberecht eine teilweise oder vollständige Kürzung der Zuwendung zur Folge haben können.

Das auf www.ilb.de verfügbare Merkblatt zu den Vergabebestimmungen wurde zur Kenntnis genommen.

Der Antragsteller bestätigt die Abgabe der Erklärungen zu Ziffer 3.1 bis 3.3.

- 3.4 Der Antragsteller erklärt, dass unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.

- 3.5 Der Antragsteller erklärt, dass ihm die Subventionserheblichkeit der nachfolgend bezeichneten Tatsachen, die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges (§ 264 Strafgesetzbuch) sowie seine Pflicht, der ILB mögliche Änderungen bzgl. subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich mitzuteilen, bekannt sind.

Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 2 Subventionsgesetz sind:

- Angaben zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers (Name, ausführende Stelle, Rechtsform, gesellschaftsrechtliche und vertragliche Beziehungen)
- Eigenerklärungen zu KMU, zum Transparenzrichtlinie-Gesetz, zum Anreizeffekt, zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung bei Verbundprojekten sowie zur anderweitigen Finanzierung des Vorhabens durch Dritte
- Angaben zum Zeitpunkt des Maßnahmebeginns, zur Berechtigung zum Vorsteuerabzug
- Die Maßnahmebeschreibung (insbesondere Gesamtziel der Maßnahme, wissenschaftliche und technische Arbeitsziele, Verwertungsplan, innovativer Ansatz)
- Angaben, die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Ausgaben- und Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder von sonstigen dem Förderantrag beizufügenden Unterlagen sind
- Angaben in den Berichten und Verwendungsnachweisen, welche die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen
- Tatsachen, die der ILB nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides/Darlehensvertrages nebst Anlagen mitzuteilen sind
- Angaben, von denen nach dem Verwaltungsrecht (insbesondere § 1 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg i. V. m. §§ 48, 49, 49a Verwaltungsverfahrensgesetz) oder anderen Rechtsvorschriften (insbesondere

ANBest-P/ANBest-G/ANBest-EU/ANBest-Kost/NBest-Bau) die Rückforderung der Zuwendung abhängig ist.

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung.

Das auf www.ilb.de verfügbare "Merkblatt zu subventionserheblichen Erklärungen" wurde zur Kenntnis genommen.

4 Datenschutzrechtlicher Hinweis

Im Rahmen der Antragstellung und Antragsbearbeitung wird die ILB ggf. personenbezogene Daten vollständig oder teilweise für den Zeitraum der Förderung sowie einen anschließenden Aufbewahrungszeitraum erheben und verarbeiten müssen.

Die Anforderung, Erhebung und Verarbeitung erfolgt im Rechtsrahmen des Landeshaushaltsrechts bzw. der diesem Förderprogramm zu Grunde liegenden Richtlinie. Sie erfolgt im zwingend erforderlichen Rahmen, ist zweckbezogen und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrags. Sofern erforderlich und im Rahmen der Förderung zulässig, wird die ILB öffentliche oder private Quellen (Register, Wirtschaftsauskunfteien) zur Informationsbeschaffung nutzen.

Sofern bei der Bearbeitung des Antrags bzw. dem anschließenden Bestandsmanagement zur Feststellung oder Prüfung der Eigentums- und Kontrollstruktur, der Bonität, der Mittelverwendung oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen die Erhebung, Verarbeitung oder Prüfung von Daten Dritter erforderlich wird, sind diese vom Antragsteller/Fördernehmer anzufordern und zu beschaffen. Für die Rechtmäßigkeit der Übermittlung von Daten Dritter an die ILB ist der Antragsteller/Fördernehmer verantwortlich.

Erhobene Daten werden ggf. an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die Deutsche Bundesbank und an Landes-, Bundes- und Europabehörden zum Zwecke der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Erfordernisse sowie zu den im Rahmen des Fördergeschäftes erforderlichen Auswertungs- und Planungszwecken sowie an externe Partner, die in die Umsetzung des jeweiligen Förderprogramms einbezogen sind, weitergeleitet. Diese Partner sind ebenfalls den datenschutzrechtlichen Vorschriften verpflichtet.

Die ILB verarbeitet personenbezogene Daten streng vertraulich, nach den Bestimmungen des Brandenburgischen Landesdatenschutzgesetzes und unter Aufsicht eines Datenschutzbeauftragten. Die jeweils aktuellen und notwendigen Maßnahmen zur Datensicherheit werden eingehalten.

Ort, Datum

Unterschrift(en) des Antragstellers/Stempel bzw. Siegel

Name(n) in Druckbuchstaben

Anlage zum Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Förderprogramm Kommunales Infrastrukturprogramm - Feuerwehrinfrastruktur

Anlagen

(Beigefügte Unterlagen sind durch Anklicken ☒ zu kennzeichnen.)

- Stellungnahme der Feuerwehrunfallkasse
- Stellungnahme des zuständigen Landkreises
- Vollmächte(n)
- Nachweis des Eigentums an Grundstücken bzw. des Bestehens eines Erbbaurechts
- Übersichtsplan (Maßstab 1 : 5.000)
- Lageplan (Maßstab 1 : 1.000)
- Baupläne, aus denen sich Art und Umfang des Bauvorhabens nachprüfbar ergeben (Grundrisse, Ansichten, Schnitte)
- Gefahren- und Risikoanalyse
- Gefahrenabwehrbedarfsplan
- Fahrzeugentwicklungskonzept
- Vereinbarung der interkommunalen Zusammenarbeit
- _____
- _____

Die ILB behält sich die Anforderung weiterer Unterlagen und Informationen vor.

**Anlage zum Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Förderprogramm
Kommunales Infrastrukturprogramm - Feuerwehrinfrastruktur**

Antragsteller: _____

Antrag vom: _____

Stellungnahme der Feuerwehrunfallkasse

Stellungnahme des zuständigen Landkreises

Ort, Datum

Unterschrift(en)/Stempel bzw. Siegel

Name(n) in Druckbuchstaben